

# Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt  
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.  
Herausgeber D. Jarger.

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt  
vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten  
2.82 Mk.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Zeile oder deren Raum 25 Hg., Reklame-  
zeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.  
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 215

Bielefeld-Bethel, Sonntag, den 14. September 1919.

Jahrgang 1.

Er wird heucheln und gute Worte geben den Gottlosen,  
so den Bund übertreten. Aber das Volk, so ihren Gott  
kennen, werden sich ermannen und werden es ausrichten.

Dan. 11, 32.

## Hat Deutschland noch einen Aufstieg zu erhoffen?

Sprüche Salomons 14, 34.

Ob Deutschland noch einmal wieder in die Höhe kommen wird, das ist die Frage, die jetzt tausend und abertausend Herzen immer wieder von neuem bewegt. Ob wir gleich nichts als Niedergang auf allen Gebieten unseres öffentlichen und privaten Lebens sehen, so können wir es doch nicht lassen, diese Frage immer wieder zu stellen. Manche Leute glauben dieselbe unbedingt verneinen zu müssen, weil sie keinen Schimmer von Hoffnung sehen, der einen künftigen Aufstieg verheißen könnte. Es wäre überaus traurig, wenn wir so denken, wenn wir das deutsche Volk für immer verloren geben müßten. Aber, . . . Gott sei Dank, das ist nicht nötig; es gibt noch immer eine Anzahl von Menschen, die an der Zukunft Deutschlands nicht verzweifeln. Und das sind nicht bloß deutsche Reichsangehörige, sondern auch manche Ausländer sind der festen Überzeugung, daß dem deutschen Volke noch eine Aufgabe zu erfüllen von Gott vorbehalten ist. Der berühmte schwedische Forschungsreisende Sven Hedin, der namentlich durch seine kühnen und gefährlichen Reisen in Tibet sich große Verdienste um die Wissenschaft erworben hat und der als einer der besten Kenner Deutschlands im Auslande gilt, hat in einem Briefe an einen deutschen Freund es kürzlich ausgesprochen, daß er weit davon entfernt sei, die Lage Deutschlands als verzweifelt anzusehen. Die Tragik seines Schicksals sei es, daß es nicht in ehrlichem Kampfe durch die Waffen der Feinde, sondern von seinem eigenen Volke besiegt worden sei. Das Volk könne aber wieder genesen und einsehen, daß es betrogen sei und dann werde die Reaktion kommen. Mit zusammengebißenen Zähnen werde Deutschland der einst Großes leisten, ja es werde zur größten Kontinentalmacht der Welt werden. Wenn wir auch die überschwangliche Hoffnung, die in den letzten Worten liegt, nicht zu teilen vermögen, so liegt doch darin schon ein großer Trost, daß ein so bedeutender Mann wie dieser schwedische Gelehrte ein so großes Vertrauen auf das deutsche Volk setzen kann.

Aber freilich müssen wir uns darüber klar werden, worauf wir die Hoffnung auf einen Aufstieg gründen können. Das hat uns dieser Krieg freilich ganz unzweideutig gelehrt, daß Kanonen und Kriegsschiffe, Flugzeuge und Unterseeboote, große Feldherren und tapfere Armeen allein uns nicht retten können. Wenn nach so viel glänzenden Siegen gegen achtundzwanzig Feinde, denen Deutschland vier Jahre lang kraftvoll widerstanden hatte, seine Kraft schließlich doch in wenigen Wochen völlig zusammenbrach, müssen wir darin nicht Gottes Hand erkennen, der uns einmal klar und deutlich zeigen wollte, daß wir, wenn er sein Angesicht von uns wendet, ohne ihn gar nichts vermögen? Man hatte in den Jahren unserer großen Erfolge ihn nicht erkannt als den, der unseren Arm gestützt hatte zum Sieg über unserer Feinde. Man hatte zwar oft in unsern Gottesdiensten gesungen: „Er läßt von den Schlechten die Guten nicht knechten“, aber man hatte sich nicht bemüht, zu denen zu gehören, die er von den Fesseln der Schlechten befreien will. Es mehrten sich vielmehr die Gottlosen im deutschen Volke. Betrügereien, Räubereien, Mordereien, irdischer Sinn und Materialismus nahmen überhand. Da kam dann plötzlich Gottes Gericht und also handgreiflich, daß uns das innerste Herz erbeute. Wir haben es nun erfahren müssen, daß die Sünde wirklich der Leute Verderben ist, wie uns das schon durch den weisen König Salomo in unserm Texte gelehrt wird.

Aber derselbe König bezeugt es uns auch aufs entschiedenste, daß Gerechtigkeit ein Volk erhöht. Darauf wird also alles ankommen, daß es uns nicht fehlt an dieser Gerechtigkeit, durch welche ein geselltes Volk wieder in die Höhe steigen kann. Das aber ist die Gerechtigkeit, in

welcher wir nach Gottes Rechten und Geboten leben, in welcher wir also handeln, daß uns Gott als solche erkennen kann, die sein Wort halten und seinen Willen tun. Ob das deutsche Volk nach dieser Gerechtigkeit mit vollem Ernste trachten wird, das wird über seine Zukunft entscheiden. So urteilt einer der weisesten Männer aus alter Zeit und so hat es sich schließlich immer im Leben der Völker bewährt. Diese Erkenntnis dürfen wir uns freilich dadurch nicht verdunkeln lassen, daß es manchmal Jahrhunderte gedauert hat, ehe das tödliche Gift der Sünde sich ausgewirkt hat im Völkerverleben. Das römische Reich, das schon zu Christi Zeit ganz zerfallen war von dem Wurm der Sünde, der an dem Marke seiner Kraft zehrte, hat noch Jahrhunderte bestanden, ehe es unterging, aber endlich brach es doch trotz seiner die ganze Welt umspannenden Macht in sich zusammen, ohne daß es sich wieder erheben konnte. Es darf und darum nicht bestreben, daß die Völker der Entente, obwohl sie nicht besser sind als das deutsche, jetzt triumphieren und mit großem Gepränge ihre Siegesfeste feiern. Gott hat sie nur als Zuchttrute benutzt, wie einst Nebukadnezar das Werkzeug in Gottes Hand war, um Israel für seine Sünden zu strafen, aber wenn sie sich nicht bekehren, wo ihre Freude für sie früher oder später die Zeit kommen, wo ihre Freude sich in Weinen und Seulen verkehren wird. Für Deutschland aber gilt es vor allem, nach der Gerechtigkeit zu trachten, welche nach Salomos Ausspruch ein Volk erhöht. Dazu gehört aber vor allen Dingen, daß man wieder Gott die Ehre gibt, die ihm gebührt, daß nicht bloß die Frauen, sondern auch die Männer es wieder lernen, in den Gotteshäusern vor Gott ihre Knie zu beugen, daß die Kinder wieder aufwachen in der Zucht und Vermahnung zum Herrn, daß die Jugend sich wieder christlicher Sitte und Ehrbarkeit befleißigt, daß die Seuche der Habgucht und Gewinnsucht, die jetzt in vielen Kreisen förmlich grassiert, endlich einmal aufhöre und dafür Redlichkeit und Ehrlichkeit, Gemeinnut und Vaterlandsliebe wieder herrschen im deutschen Volke, daß wir des Wortes des Apostels stets eingedenk bleiben: „Seid niemand nichts schuldig, denn daß ihr euch untereinander liebet“, daß wir sowohl in unserm Amt und Beruf, als auch in unserm Privatleben stets darauf bedacht sind, als Haushalter Gottes die Treue zu erzeigen, welche die Verheißung hat, daß ihr die Krone des Lebens nicht fehlen wird.

Das ist der Aufstieg für unser Volk. Nun, wohlan denn, gehen wir ihn und werden wir nicht müde und der Herr unser Gott sei uns freundlich und fördere das Werk unserer Hände bei uns! Ja, das Werk unserer Hände wolle Er fördern! Amen.

A. S.

## Schulpolitische Aufgaben der Gegenwart.

Zahlreich waren am Mittwoch nachmittags Lehrer und Lehrerinnen einer Einladung des Lehrerausschusses der Deutschnationalen Volkspartei nach Herford gefolgt, um einen Vortrag des Abgeordneten Rektor Lufassowicz über „Schulpolitische Aufgaben der Gegenwart“ zu hören. Herr Lehrer Lepper-Herford begrüßte die Erschienenen mit herzlichen Worten. Die Revolution des 9. 11. hat auch auf dem Gebiete der Schule und der Erziehung, so begann der Hauptredner, tiefgreifende Veränderungen hervorgerufen. Gar viele unseres Berufsstandes haben von dieser Revolution eine völlig neue Zeit, eine Zeit der Freiheit und des materiellen Glüdes erwartet. Politische Gegenwartsnotwendigkeiten erschlugen die erhoffte große Linie der Aufwärtsentwicklung der Schule; auf das sichere Erwarten wirtschaftlicher Besserstellung unseres Standes fiel der Reiz finanzieller Bedenken und Erwägungen.

Wir wollen über dem sich breitmachenden Materialismus stehen, in der Zeit des religiös-sittlichen und nationalen Niedergangs unsere Mitarbeit nicht versagen. Es gilt, unser krankes Volk einer baldigen Wiedergeburt zuzuführen. Redner besprach dann zunächst die ideellen und kulturellen, dann die materiellen Fragen der Schule und Lehrerschaft, ausgehend vom Weimarer Schulkompromiß. Gewährleistet sind uns eine bessere Vorbildung, außerdem haben wir Gelegenheit zum besseren Aufstieg. Mit den Teuerungszulagen sind wir den Staatsbeamten rechtlich

gleichgestellt. Dann haben wir die Sachaufsicht, die Fortbildungspflicht von Knaben und Mädchen bis zum 18. Jahre und Unentgeltlichkeit der Lernmittel. Im Brennpunkt des Interesses steht der § 143, der besagt, daß drei Arten von Schulen zulässig sind, die Simultanschule, konfessionelle oder die religionslose Schule. Von den Erziehungsberechtigten sind entsprechende Anträge zu stellen. Die Sozialdemokraten sprechen viel von einem neuen Bildungsideal, das der neugeschaffene Staat braucht; sie behaupten, daß die Wissenschaft, der Fortschritt und die Weltkenntnis es erfordern, daß die Religion in der Staatsschule kein Unterrichtsfach sein kann. Wir wollen, daß der Religionsunterricht ordentlicher und verbindlicher Unterrichtsgegenstand bleibt, mit der Einschränkung, daß Kinder auf Antrag der Erziehungsberechtigten von der Teilnahme am Religionsunterricht entbunden werden können. Elternrecht ist Volksrecht. Die Eltern mögen bestimmen über die Erziehung der Kinder, der Staat muß den Wünschen der Erziehungsberechtigten folgen. Religion ist für uns Volksfrage. Die persönliche Freiheit des einzelnen Lehrers soll unangetastet bleiben. Die mit politisch nahestehenden Berufsgenossen werden, treu den Überlieferungen, den Religionsunterricht gern und freudig erteilen. Der Kampf um die Gestaltung der Schule wird jetzt in die kleinste Dorfgemeinde hineingetragen, andererseits aber hat die Linke ihre verderblichen Ziele nicht verwirklichen können. Das Interesse der Eltern für die Schule wird geweckt und das ist gut. Abgeordneter Rektor Lufassowicz beschäftigte sich dann eingehend mit den Fragen der Schulaufsicht, Lehrerräte, Lehrerbildung und schließlich mit den materiellen Forderungen. Da ist zu erwähnen die Gleichstellung mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung, die Gleichstellung von Stadt- und Landlehrern, die einheitliche Regelung der Teuerungszulagen, die Fürsorge für die Altpensionäre, die Kriegsverletzten usw. Mit einem Ausruf zur Mitarbeit auf nationaler Grundlage schloß der Redner unter lebhaftem Beifall der Versammlung.

In der Aussprache lehnte Herr Lindemann-Blassheim die Simultanschule ab, der Religionsunterricht in dieser sei ohne dogmatische Färbung und zu verwerfen. Fräulein Pape-Bielefeld bemerkte, daß die eigentlichen Staatsschulen religionslos seien. Auch die simultanen Lehrerbildungsanstalten seien sehr bedenklich. Wir dürften uns die Simultanschulen nicht aufzwingen lassen, die Elternschaft müsse gründlich aufgeklärt werden. Abgeordneter Pastor Koch betonte, daß die Regelung der Schulfragen doch noch besser geworden sei, als man anfangs befürchtet hätte. Die konfessionelle Schule muß in unseren Gemeinden erkämpft werden. Redner empfiehlt lebhaft eine gründliche Aufklärungsarbeit in den Gemeinden. Herr Lehrer Lepper schloß darauf die Tagung mit herzlichen Dankesworten an den Hauptredner.

## Die Tarifierhöhung bei den Staatsbahnen.

Ein Entwurf über Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen wird der Landesversammlung demnächst zugehen, während es für die Erhöhung der Personen- und Gepäcktartife einer gesetzlichen Regelung nicht bedarf. Der Entwurf geht von den folgenden Gesichtspunkten aus:

Die Gepäcktartife und die Personentartife können bis zu 50 Prozent erhöht werden. Die Erhöhung erfolgt in der Form eines allgemeinen prozentualen Zuschlages, da es nicht möglich ist, in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit eine organische Änderung der Klassen und des Tarifsystems durchzuführen. Eine solche muß späterer Zeit vorbehalten bleiben, bis sich die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse gefestigt haben. Die Tarifierhöhung wird trotz ihrer Höhe getragen werden müssen, zumal die Lebensmittelpreise viel mehr gestiegen sind, als die Frachtpreise der Eisenbahnen; selbst beim Sinken der Preise wird die neue Tarifierhöhung immer noch in durchaus angemessenem Verhältnisse zur Preislage der beförderten Güter stehen. Im Güter- und Tierverkehr wird die Tarifierhöhung durch Zuschläge von 50 Prozent auf alle Frachtpreise durchgeführt. So wird z. B. der Streckensatz für das Tonnenkilometer bei

Eilgut bei 400 Kilometer Entfernung sich von 33,12  $\text{S}$  auf 49,68  $\text{S}$  erhöhen. In gleichem Maße steigen die Abfertigungsgebühren.

Die finanzielle Bedeutung der Erhöhung für die Staatskasse läßt sich nicht schätzen, da die zukünftige Verkehrs-Entwicklung von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung abhängt. Die Erhöhung ist zunächst als vorläufige gedacht, später soll eine endgültige organische Neuordnung der Tarife erfolgen. Notwendig ist die Erhöhung durch die starken bisherigen Defizite. Im Voranschlag für 1919 sollten die Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr 4627 Millionen Mark bringen, werden aber nur 3570 Millionen Mark bringen. Die Ausgaben, die auf 4864 Millionen Mark geschätzt sind, sind auf 6476 Millionen Mark gestiegen. Die Ursachen für diese Entwicklung sind bekannt. Eigentlich hätte eine Erhöhung der Tarife um 100 Prozent erfolgen müssen, um die Staatsbahn lebensfähig zu erhalten.

Im Personenverkehr erfolgt ebenfalls eine Tarifierhöhung um 50 Prozent, die sich auf Zeitkarten und Stadtverkehr in Berlin und Altona erstreckt. Die Erhöhung umfaßt Fahrpreise, Schnellzugzuschläge und Schnellzugsmindestfahrpreise, Hundetarten, Gepäck- und Expressgutfrachten und die Preise für die Gestellung von Sonderwagen. Für später ist beabsichtigt, ein Zweiklassensystem durchzuführen, dessen Ausführung eine besondere Studienkommission zurzeit vorbereitet. Die Einführung dieser Maßnahme kann aber erst erfolgen, wenn die Reparaturwerkstätten weniger überlastet sind. Die organische Durchrechnung der Personentarife unter Abänderung der Einheitsätze ist ebenfalls geplant. Vom 1. Oktober ab wird der neue Preis durch Überstempelung der Karten ersichtlich sein, ein Neudruck kann erst allmählich erfolgen.

Die Kilometerfähre im Personenverkehr erhöhen sich in der 1. Klasse von 18 auf 27  $\text{S}$ , in der 2. Klasse von 7,98  $\text{S}$  auf 11,97  $\text{S}$ , in der 3. Klasse von 4,81  $\text{S}$  auf 7,215  $\text{S}$ , in der 4. Klasse von 3  $\text{S}$  auf 4,5  $\text{S}$ . Militärfahrpreise werden nicht erhöht.

## Offener Brief an den Herrn Reichs-Finanzminister.

Klein-Flottbeck.

Sehr geehrter Herr Reichs-Finanzminister!

Gestatten Sie mir die höfliche Anfrage, ob Sie gern starken Tabak rauchen oder wenigstens echte Havanna. Ich habe Sie nämlich stark in Verdacht, daß Sie leidenschaftlicher Nikotinverehrer sind, und zwar so leidenschaftlicher, daß Sie aus Angst, der überseelische Tabak könnte verderben, wie ich höre, sich kürzlich sehr stark für die sofortige Hereinlassung desselben ins Zeug gelegt haben mit der Begründung, „daß für die reifsten Vorräte, die in der Welt lagern, die Gefahr des Verderbens bestehe, wenn Deutschland nicht als Kaufmann austräte“. Außerdem erwarten Sie angeblich „starke Beruhigung der Gemüter durch den Tabak“. Als Sie diesen Antrag einbrachten, waren Sie wohl offenbar mehr „Raucher“ als „Reichs-Finanzminister“. Da aber unsere Valuta heute nur auf 24,7 steht, und wir für dieses miserable Geld so dringend für unser Volk Getreide, Butter, Speck und sonstige dringend notwendige Nahrungsmittel vom Auslande beziehen müssen, so dürfte es für einen Finanzminister des Deutschen Reichs wohl sicher zweckmäßiger sein, zu mahnen, alle Luxusausgaben zu unterlassen und erst einmal für das Notwendigste zu sorgen. —

## Die Verfassung des Deutschen Reichs.

Vom 11. August 1919.

Fortsetzung.

### Artikel 111.

Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Reich. Jeder hat das Recht, sich an beliebigem Orte des Reichs aufzuhalten und niederzulassen, Grundstücke zu erwerben und jeden Nahrungszweig zu betreiben. Einschränkungen bedürfen eines Reichsgesetzes.

### Artikel 112.

Jeder Deutsche ist berechtigt, nach außerdeutschen Ländern auszuwandern. Die Auswanderung kann nur durch Reichsgesetz beschränkt werden.

Dem Ausland gegenüber haben alle Reichsangehörigen inner- und außerhalb des Reichsgebiets Anspruch auf den Schutz des Reichs.

Kein Deutscher darf einer ausländischen Regierung zur Verfolgung oder Bestrafung überliefert werden.

### Artikel 113.

Die fremdsprachlichen Volksteile dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien, volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeinträchtigt werden.

### Artikel 114.

Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Eine Beeinträchtigung oder Entziehung der persönlichen Freiheit durch die öffentliche Gewalt ist nur auf Grund von Gesetzen zulässig.

Personen, denen die Freiheit entzogen wird, sind spätestens am darauffolgenden Tage in Kenntnis zu setzen, von welcher Behörde und aus welchen Gründen die Entziehung der Freiheit angeordnet worden ist; unverzüglich soll ihnen Gelegenheit gegeben werden, Einwendungen gegen ihre Freiheitsentziehung vorzubringen.

### Artikel 115.

Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich. Ausnahmen sind nur auf Grund von Gesetzen zulässig.

Es ist wahrlich während des Krieges von unserem Heer und von den Menschen dabei genug geraucht worden. Und trotz dieser „Beruhigung“ ist die Revolution gekommen. Ich habe als Offizier bei meiner Truppe immer nur gefunden, daß das viele Rauchen die Leute stumpf, denkfaul und träge macht, daß besonders aber, wenn der Rauch hinzukam, sie ebenso zu Gewalttätigkeiten neigten, wie ohne Tabak. So dürfte Ihre Hoffnung auf Beruhigung der politisch erregten Gemüter durch den Tabak wohl sehr trügerisch sein. Ich glaube, daß ein Stillesitzen Speck unseren Leuten mehr Freude macht, als eine Zigarre. —

Mir will scheinen, daß ein Mann auf Ihrem Posten bei so zerfahrenen Finanzzuständen, wie sie zur Zeit in unserem Volke herrschen, gar nicht vorsichtig und gewissenhaft genug die Luxusausgaben zum Besten der dringend notwendigen Ausgaben unterdrücken kann.

Auch der Vorwand, daß Sie durch eine derartige Tabakeinfuhr unseren Arbeitern Verdienst geben wollen, kann nicht stichhaltig sein. Die meisten von diesen Leuten haben während dieses Jahres gelernt, mit Schaufel und Spaten umzugehen, — und sind dabei gesunder geworden als sie je als Zigarrenarbeiter gewesen waren. Wir brauchen aber auf dem Lande viele tausende von Landarbeitern und tun gut, unser armes gemartertes Volk möglichst wenig mit den beiden kulturgiftigen Alkohol und Tabak noch weiter aus kapitalistischem Interesse zu vergiften. Sie sehen also, sehr geehrter Herr Reichs-Finanzminister, daß man gut tut, alle solche Fragen von zwei Seiten zu betrachten und nüchtern, gründlich und selbstlos zu überlegen, damit unser Volk nicht noch weiter ins Unglück gestürzt wird, als es jetzt schon geschehen ist.

Hochachtungsvoll

Sanitätsrat Dr. Bonn.

## Die beanstandete Verfassung.

Die Entsendung von Bevollmächtigten nach Paris ge-  
fordert.

Das Reutersch-Bureau meldet aus Paris vom 10. September, daß der Oberste Rat über die Antwort auf die deutsche Note mit Bezug auf die Forderung der Entsendung des Artikels 61 der deutschen Verfassung beraten hat. Er kam zu der Ansicht, daß die deutschen Bürgerchaften unzulänglich sind, und daß die deutsche Regierung bevollmächtigte Vertreter nach Paris entsenden muß, die ein Protokoll unterzeichnen, in dem alle Artikel der deutschen Verfassung, die mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar sind, für null und nichtig erklärt werden. Dieses Protokoll muß ebenso wie Vertrag von der Nationalversammlung ratifiziert werden.

Die Reutersmeldung ist in der vorstehenden Fassung mit äußerster Vorsicht aufzunehmen. Im übrigen bestimmt die deutsche Verfassung schon, daß solche Bestimmungen in ihr, die mit dem Versailler Vertrag etwa in Widerspruch stehen sollten, nicht in Kraft treten. Was der Oberste Rat erreichen will, ist also längst Tatsache. Die neue Entscheidung des Obersten Rates läßt vermuten, daß man trotz des französischen Drängens die schroffe Form des Ultimatums hat fallen lassen. Verschiedene Meldungen aus Paris weisen darauf hin, daß Frankreich sich dem Willen der abtrünnigen Mächte hat beugen und auf die neue Demütigung Deutschlands verzichten müssen. Wie bereits erwähnt, kann man ein Reutersch-Bureau selbst in so scheinbar halbamtlicher Form noch nicht als authentischen Bericht hinnehmen. Reuters hat ja erst kürzlich ebenso halbamtlich behauptet, General Dubont fordere sofortige Beilegung Oberschlesiens, während die Berliner

Mitteilungen davon nichts wissen wollen und eine oberflächliche Note der Entente erhalten haben, die sehr objektiv sein soll. Man muß sich also hüten, aus der Reutersmeldung allzuviel in der einen oder anderen Richtung herauslesen zu wollen. Die Veröffentlichung des Wortlauts der bevorstehenden Note wird übrigens in kürzester Frist zu erwarten sein.

## Scheidemann über die Lage.

Keine Regierung ohne Sozialdemokratie.

Vor einer gewaltigen Volksmenge hielt der frühere Ministerpräsident Philipp Scheidemann, der seit seinem Rücktritt wegen der Unterzeichnung des Gewaltfriedens wesentlich nicht mehr aufgetreten ist und erst vor wenigen Tagen aus der Schweiz zurückkehrte, in seiner Vaterstadt Kassel eine große Rede, in der er nach Zurückweisung persönlicher Vorwürfe u. a. ausführte:

In wenigen Wochen wird sich ein Jahr vollenden, seit die Sozialdemokratie in die Regierung eingetreten ist. Eine Regierung, in der die Sozialdemokratie fehlt, können sich heute nur die rückwärtigsten Katastrophopolitiker denken. Eine Regierung von rechts bedeutet die Monarchie, eine Regierung von links bedeutet die sogenannte Rätediktatur. Beide sind ohne schwere innere Kämpfe nicht denkbar, beide Experimente müßten mit dem Zusammenbruch enden, beide bedeuten die Gefahr schwerster äußerer Konflikte. Die Novemberrevolution ist mit den Trägern und Vertretern des alten Regimes so großmächtig verfahren wie nie eine Revolution zuvor. Man hätte sich, diesen Grobmut noch einmal auf eine Probe zu stellen. Die deutsche nationale Partei hat sich offen zur monarchischen Staatsform bekannt. Wenn das nur eine Art von religiösem Glaubensbekenntnis sein soll — Gedanken sind tollfrei! Aber eine politische Partei, die sich ernstlich die Wiederaufrichtung der Monarchie zum Ziel setzt, befindet damit, daß sie die bestehende Verfassung und die bestehenden Gesetze nicht zu respektieren gewillt ist, sondern auf die nächste Gelegenheit lauert, sie mit Gewalt über sie hinwegzusetzen! Kein Staat kann darauf verzichten, den Rechtsbruch zu ahnden, die Regierung aber, die ihn begünstigen würde, würde sich an ihm mitbündig machen.

Der Oberste Rat (der Führer der Berliner Reichsmehrheitspartei, Dr. Med.), der vielfach leider mit dem lokalen Kriegsmilitarismus verwechselt wird, hat die Regierung als Gefinde, Erzberger als Lump bezeichnet und weiter gesagt, im Augenblick habe er nur für Ordnung zu sorgen; im Augenblick sei an die Wiederaufrichtung der Monarchie nicht zu denken. Daß ein solcher Mann bis zum heutigen Tage kein Kommando führt, beleuchtet blickartig die Situation die unerträglich ist. Hat die Regierung nicht die Macht, diesen Mann von seinem Posten zu entfernen? Dann wäre tatsächlich Herr Reinhardt der Riese, der über die militärische Macht verfügt, Roske aber nur der Zuhälter einer papierenen Vollmacht! Die Gefahr, die von rechts droht, ist groß: „Ihr Name ist Reinhardt!“

Die Regierung von links bedeutet die sogenannte Rätediktatur und damit abermals den Bürgerkrieg! Es mag sein, daß die Unabhängigen einmal dazu kommen werden, etwas Positives zu leisten, und niemand würde das mehr begrüßen als ich, dazu müssen sie aber erst aus der Gärung und aus der Unklarheit, in der sie sich jetzt befinden, heraus. Was die Einigung umgibt, das ist auf der einen Seite die Notwendigkeit des Handelns, in die sich jede Regierung verjagt sieht, und auf der anderen Seite das Unvermögen, diese Notwendigkeit zu begreifen, oder der böse Wille, der sich absichtlich ihr gegenüber blind stellt. Auch der Sozialismus kann nur allmählich helfen und muß schrittweise vorgehen.

Zu Schluß seiner Rede ging Scheidemann auf die gegenwärtige Zusammenfassung der Reichsregierung ein, die er weder für glücklich, noch für dauerhaft hält. Wenn die Sozialdemokraten schon nicht allein regieren können, sondern auf die Mitwirkung bürgerlicher Parteien angewiesen seien, so halte er es für gut, wenn zwei bürgerliche Parteien vorhanden sind, die in gewissen Fragen sich gegenseitig die

### Artikel 116.

Eine Handlung kann nur dann mit einer Strafe belegt werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde.

### Artikel 117.

Das Briefgeheimnis sowie das Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis sind unverletzlich. Ausnahmen können nur durch Reichsgesetz zugelassen werden.

### Artikel 118.

Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihm kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht.

Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig.

### Zweiter Abschnitt.

#### Das Gemeinschaftsleben.

### Artikel 119.

Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.

Die Erhaltung, Gefundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staats und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.

Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staats.

### Artikel 120.

Die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit ist oberste Pflicht und na-

türliches Recht der Eltern, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht.

### Artikel 121.

Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

### Artikel 122.

Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige oder körperliche Verwahrlosung zu schützen. Staat und Gemeinde haben die erforderlichen Einrichtungen zu treffen.

Fürsorgemaßregeln im Wege des Zwanges können nur auf Grund des Gesetzes angeordnet werden.

### Artikel 123.

Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln.

Versammlungen unter freiem Himmel können durch Reichsgesetz anmeldspflichtig gemacht und bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden.

### Artikel 124.

Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden. Dies Recht kann nicht durch Vorbeugungsmaßnahmen beschränkt werden. Für religiöse Vereine und Gesellschaften gelten dieselben Bestimmungen.

Der Erwerb der Rechtsfähigkeit steht jedem Verein gemäß den Vorschriften des bürgerlichen Rechts frei. Er darf einem Vereine nicht aus dem Grunde verweigert werden, daß er einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt.

### Artikel 125.

Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis sind gewährleistet. Das Nähere bestimmen die Wahlgesetze.

### Artikel 126.

Jeder Deutsche hat das Recht, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständige Behörde oder an die Volksvertretung zu wenden. Dieses Recht kann sowohl von einzelnen als auch von mehreren gemeinsam ausgeübt werden.

(Fortsetzung folgt.)

und eine ober-  
haben, die sehr  
hätten, aus der  
oder andern  
Veröffentlichung  
e wird übrigens

## Die Lage.

demokratie.  
he hielt der frü-  
demann, der  
Verzeichnung des  
aufgetreten ist  
Schweiz zurück,  
eine große Rede,  
alischer Vorwürfe

ahr vollenden, seit  
angeordnet ist. Eine  
fehlt, können sich  
phenpolitiker den-  
te die Monarchie,  
fogenannte Wäte-  
ere Kämpfe nicht  
it dem Zufam-  
Gefahr schwerer  
ution ist mit den  
mes so großmütig  
Man hüre sich,  
Probe zu stellen.  
ich offen zur ma-  
enn das nur eine  
sein soll — Ge-  
e Partei, die sich  
onarchie zum Ziel  
ehende Ver-  
ese nicht zu  
n auf die nächste  
ber sie hinwegzu-  
n, den Reichsbrüd-  
begünstigen würde,

hrer der Berliner  
ch leider mit dem  
verwechselt wird,  
ger als Lump be-  
st habe er nur  
ei an die Wieder-  
t. Daß ein solcher  
Kommando führt,  
e unerträglich ist.  
diesen Mann von  
e tatsächlich Herr  
militärischer Macht  
ber einer pa-  
die von rechts  
bl."

et die sogenannte  
Bürgerkrieg  
inmal dazu kom-  
men, und niemand  
u müssen sie aber  
arbeit, in der sie  
nigung unmög-  
die Notwendigkeit  
un verzeht nicht,  
mögen, diese No-  
e Wille, der sich  
uch der Sozial-  
elfen und muß

Scheidemann auf  
Reichsregierung  
für dauerhaft  
yon nicht allein  
wirkung bürger-  
halte er es für  
rteilen vorhan-  
gegenständig die

stätigung die staat-  
e Gesetzgebung die  
eelsche und gesell-  
ie den ehelichen

ie gegen stitliche,  
zu schützen. Staat  
Einrichtungen zu

anges können nur  
t.  
ohne Anmeldung  
bewaffnet zu ver-  
mel können durch  
bei unmittelbarer  
oten werden.

Zwecken, die den  
ine oder Gesell-  
nicht durch Vor-  
für religiöse Ver-  
Bestimmungen.  
jedem Verein ge-  
chts frei. Er darf  
esagt werden, daß  
religiösen Zweck

nd gewährleistet.

istlich mit Bitten  
örbe oder an die  
ann sowohl von  
einsam ausgeübt  
rtsetzung folgt.)

Wage halten, so daß die Mehrheitssozialdemokratie  
wenigstens nicht einem einseitigen Drucke ausgesetzt  
sei. Der Austritt der Demokratie aus der Regierung  
sei unter den gegebenen Umständen weder ein Glück  
für die Sozialdemokratie noch ein Glück für die De-  
mokraten, deren rechter, kapitalistischer Flügel desto  
mehr Einfluß gewinnen müsse, je weiter die Partei  
als Ganzes sich von uns entferne.

### Friede und Sozialdemokratie.

In der Diskussion fand die Rede Scheidemanns  
eine wichtige Ergänzung. Auf den Vorwurf von sei-  
ten der Unabhängigen, daß die Sozialdemokratie nichts  
getan habe, um alsbald nach Kriegsausbruch für die  
Beendigung des Völkermordes einzutreten, wiewohl  
sie hierzu durch die Beschlüsse der deutschen Partei-  
tage und der sozialistischen Internationale verpflichtet  
gewesen sei, antwortete Scheidemann:

„Im November 1914, also im vierten Monat des Krie-  
ges, waren Haase und ich beim Reichstagsrat v. Beth-  
mann Hollweg, um ihm eine Friedensklage und Bege-  
bung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die De-  
betragung des Reichstages anzukündigen. Vor aller Welt  
will ich hier zum erstenmal und mit vollem Bewußtsein  
der ungeheuren Verantwortung sagen, was Bethmann  
Hollweg dem Abg. Haase und mir damals geantwortet hat.  
Er sagte nach unserer Mitteilung über den beabsichtigten  
Schritt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fol-  
gendes:

„Meine Herren! Ich bitte Sie dringend, tun Sie  
das jetzt nicht in der Öffentlichkeit. Sie können sich  
darauf verlassen, daß eine solche Kundgebung jetzt nur  
den Kriegswillen unserer Gegner steigern wird, denn  
nach zuverlässigen Meldungen aus dem Auslande ist man  
dort heute schon allgemein der Auffassung, daß Deutsch-  
land am Ende seiner Kraft sei. Wenn es Ihnen gelingen  
sollte, mit den Sozialisten Englands und Frankreichs  
für den Frieden zu wirken, so tun Sie das.“

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat sich unab-  
lässig bemüht, fährt Scheidemann fort, mit den Sozialisten  
der feindlichen Länder in Fühlung zu treten und er-  
klärte, daß alle Versuche an der ablehnenden Haltung der  
Engländer und Franzosen gescheitert sind.“

## Zur Kohlenversorgung der Düngerindustrie.

Der Preussische Landwirtschaftsminister hat in  
einem an den Herrn Reichspräsidenten, verschiedene  
Reichs- und preussische Ministerien gerichteten Schrei-  
ben ausgeführt, daß allein eine Steigerung der land-  
wirtschaftlichen Erzeugung zu einer durchgreifenden  
Verbesserung der Volksernährung und damit zu einer  
Hebung der gesamten Wirtschaftslage führen könne,  
daß dieses aber auch ohne weiteres und sofort mög-  
lich sei, wenn die zur Erreichung des Zieles erforder-  
lichen Maßnahmen ergriffen und zielbewußt durch-  
geführt würden.

Als dringendste und wirksamste Maßregel bezeich-  
net der Minister die vermehrte Kunstdünger-  
zufuhr; er hält es für möglich, die der Landwirt-  
schaft im Frieden zugeführten Stickschlacke- und Kali-  
mengen zu verdoppeln und an phosphorsäurehaltigen  
Dünger wenigstens soviel zu beschaffen, daß die Wirk-  
samkeit der beiden erstgenannten Pflanzennährstoffe  
gewährleistet wird. Nach sachverständigem Urteil könne  
durch die vorgeschlagene Steigerung der Kunstdünger-  
zufuhr mit Bestimmtheit auf eine derartige Erhöhung  
der Ernteerträge gerechnet werden, daß über den Bedarf  
an Getreide- und sonstigen Erzeugnissen des Aders-  
baues für die unmittelbare menschliche Ernährung hin-  
aus noch die zum raschen Wiederaufbau des Reichs-  
standes, insbesondere der Schweinehaltung, erforder-  
lichen Kraftfuttermengen aus der eigenen Ernte be-  
stritten würden.

Die Frage der Kunstdüngerversorgung sei aber in  
erster Linie eine Kohlenfrage. Da eine hinrei-  
chende Versorgung der Düngerindustrie mit Kohlen an-  
geht, trotz der gebundenen Kohlenwirtschaft möglich  
sein soll, hat der Landwirtschaftsminister beim Reichs-  
wirtschaftsministerium die Erteilung eines entsprechen-  
den Auftrages an den Reichskohlenkommissar in Anre-  
gung gebracht. Die augenblickliche monatliche För-  
derung von Steinkohlen beträgt rund 7 000 000 Tonnen  
(ohne Saarrevier), die Koks-Erzeugung rund 1 400 000  
Tonnen. Der monatliche Gesamtbedarf der Stickschlacke-,  
Phosphat- und Kali-Industrie berechnet sich auf 140  
Tausend Tonnen Steinkohlen und 71 000 Tonnen Koks,  
das sind 2 Prozent bzw. 5 Prozent der gegenwärtigen  
Steinkohlen- und Koks-Erzeugung. Nicht berück-  
sichtigt ist bei der Braunkohlenbedarf.

Die ungeheure Schwierigkeiten der gegenwärtigen  
wirtschaftlichen Lage erfordern gebieterisch, die  
geringen verfügbaren Mittel in erster Linie für den  
Zweck zu verwenden, dessen Erfüllung allein eine  
Verbesserung herbeiführen kann. Es darf angenommen  
werden, daß zur Befriedigung der Düngerindustrie  
mit Kohlen trotz der verzweifeltsten Lage der Kohlen-  
wirtschaft, die erforderliche Menge frei gemacht wer-  
den kann.

## Deutsches Reich.

— Berlin, den 12. September 1919.

— Das Mitglied der preussischen Landesversammlung  
Correns (Dsch.-nat. Wp.) hat wegen Arbeitsüberhäufung  
sein Mandat niedergelegt. An seine Stelle tritt der Eisen-  
bahn-Obersekretär Rechnungsrat Hajeloff-Behrendorf.

— In Danzig ist ein Verband der polnischen Militär-  
beamten für Westpreußen, Ermland und Masurien gegründet  
worden.

— Heuter und Davaa melden aus Brüssel, daß in  
Köln und Koblenz große Waffen- und Munitionsla-  
ger entdeckt wurden. Die nötigen Maßnahmen sollen  
getroffen sein, um „alle Pläne zu vereiteln“.

— Die französische Militärverwaltung im Saarge-  
biet vermerkt auf den Wäffen die Staatszugehörigkeit  
nicht mehr als preussisch, sondern als „Saarländer“.

— Die polnische Regierung ernannte zum Kom-  
missar in Danzig den Grafen Oswald Potocki, und zu  
seinem Stellvertreter Dr. Machlewsky.

— Die Rückkehr der Gefangenen aus England. Den  
Blättern zufolge haben die niederländische Regierung  
und die in Betracht kommenden niederländischen Eisen-  
bahngesellschaften dem Plane zugestimmt, die noch in

## Meine Zeitung.

Stimmen aus dem Vortriebe.

Meiner Geldsendung Anfang dieser Woche möchte  
ich einige Worte folgen lassen. Ich freue mich sehr am  
„Aufwärts“, gebe das Blatt nach Kräften weiter und  
hörte auch manche Anerkennung schön. Schön wäre es,  
wenn Sie es auch weiter zu dem geringen Preis heraus-  
gäben, bis es seine Leser in ganz Deutschland hätte.  
Zuerst sehe ich immer nach den Auffäßen, die wohl  
gerade der Frauenwelt gute Dienste leisten können und  
unser Verständnis für unsere neuen Aufgaben fördern.  
Zur Verbreitung des Blattes gehört aber Zeit, die  
Leute sind noch zu sehr an ihre alten Zeitungen ge-  
wöhnt und dann kann man auf ein örtliches Blatt  
heute auch nicht verzichten. Wieviel Zeit braucht man  
zum Zeitunglesen! Oft genug zuviel, das ist auch ein  
Grund, um auf ein neues Blatt zu verzichten. Aber  
ich glaube, wer den „Aufwärts“ ein Vierteljahr gehalten  
hat, bleibt ihm treu, so lange er nur eben kann. Sehr  
freut's mich auch, daß er keinen Zeitungsroman bringt.  
Möchte die Zahl seiner Leser ständig wachsen mit der  
Zahl aller Deutschgesinnten, und möchte es im Segen  
mitarbeiten an der Gesundung unseres Volkes!

Mit deutschem Gruß

Caroline Berninghaus, Lehrerin a. D.,  
Barmen, Werlestraße 75.

England befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in  
Transporten von je 3000 Mann über die Niederlande  
nach Deutschland zurückzuführen. — Die Reichszen-  
tralkommission für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit,  
daß mit Genehmigung der englischen Regierung die  
in Malta befindlichen deutschen Gefangenen jetzt  
in die Heimat zurückgeführt werden. Der Dampfer  
„Guldbjerg“, der russische Kriegsgefangene nach dem  
Schwarzen Meer gebracht hat, und der Dampfer „A-  
denis“, der gleichfalls mit russischen Kriegsgefangenen  
unterwegs ist, werden auf der Rückreise Malta anlau-  
fen, um alle dort befindlichen Deutschen aufzuneh-  
men. — Major Draudt, Vorsitzender der deutschen  
Hauptkommission für Kriegsgefangene bei der Frie-  
densdelegation in Versailles, hat in Begleitung des  
englischen Hauptmanns W. E. Hinchley Coole von der  
verbündeten Militärkommission in Versailles den  
Kriegsgefangenenlagern von Boulogne-sur-Mer erst-  
malig einen Besuch abgestattet. Major Draudt fand  
unser Kriegsgefangenen in guter Verfassung, gut aus-  
sehend und zufriedenstellend gekleidet.

Die Verhandlungen über den Wiederaufbau von  
Nordfrankreich, die in Versailles zwischen Silber-  
schmidt für Deutschland und Loucheur für Frankreich  
stattfinden, haben Pariser Meldungen zufolge zu einem  
Übereinkommen über zwei wichtige Punkte geführt.  
1. Es kommen die deutschen Arbeiter nicht als Ar-  
beitskataloge nach Frankreich, sondern als freie Ar-  
beiter mit einem Vertrage und nach deutschen Sitten.  
2. Die Wiederaufbauarbeiten werden der deutschen  
Regierung anvertraut, und diese darf, wenn sie es  
für gut befindet, mit Unternehmern verhandeln. Lou-  
cheur hat dabei bemerkt, daß das französische Recht  
berücksichtigt werden muß. Der Wiederaufbau der Berg-  
werke soll einer Kommission übertragen werden. Eine  
Unterkommission soll in Versailles die Mittel zur  
Beschleunigung des Beginnes der Arbeit prüfen.

Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag.  
Die Regierung veröffentlicht aus dem Archiv des Aus-  
wärtigen Amtes den bisher von deutscher Seite ge-  
heimgehaltenen Wortlaut des deutsch-russischen Rück-  
versicherungsvertrages vom 18. Juni 1887. Das erste-  
mal hat die Öffentlichkeit von dem Vertrage im  
Jahre 1896 erfahren, Kaiser Bismarck, der den Vertrag  
mit dem russischen Botschafter Grafen Schadow ab-  
geschlossen hatte, enthüllte das Geheimnis in den  
„Hamburger Nachrichten“. Seitdem hat der Vertrag  
und seine Nichterneuerung durch Carotini in der poli-  
tischen Erörterung eine außerordentliche Rolle gespielt,  
auch in den letzten Jahren ist auf ihn in der Aus-  
sprache über die Vorgeschichte der deutsch-russischen  
Spannung wiederholt hingewiesen worden. Nach Ar-  
tikel 1 des Vertrages sollte für den Fall, daß einer  
der hohen vertragsschließenden Teile sich mit einer  
dritten Großmacht im Kriege befindet, der andere  
eine wohlwollende Neutralität bewahren und seine  
Sorge darauf richten, den Streit zu isolieren.  
Diese Bestimmung sollte auf einen Krieg gegen Frank-  
reich oder Österreich keine Anwendung finden, falls  
dieser Krieg durch einen Angriff eines der hohen ver-  
tragsschließenden Teile gegen eine dieser beiden Mächte  
herborgehoben worden wäre. Die übrigen Artikel be-  
schäftigen sich mit dem Rechte Russlands auf der  
Balkanhalbinsel und der Schließung der Zugänge zum  
Schwarzen Meere. Der Vertrag sollte für eine Dauer  
von drei Jahren in Geltung bleiben.

Die Reichstreue der Pfälzer. In der von den  
Franzosen so sehr umworbenen Stadt Landau haben  
über 2000 Bürger und Bürgerinnen der Stadt und  
des Bezirks Landau, Pfälzer und Pfälzerinnen aller  
Parteien, aller Berufe und aller Bekenntnisse in öf-  
fentlicher Versammlung dem deutschen Volke für im-  
merdar unentwegte Treue gelobt. Sie weisen mit  
Empörung die Schmach ab, mit der die herabstü-  
rgenden „21“, zumißt keine Landauer, ihre bis  
heute stets mit Ehren genannte Stadt der deutschen  
Pfalz befehle haben. Sie bitten ihre deutschen Bräu-  
der, die Reichstreue der Landauer Pfälzer nicht nach  
einem kleinen Häuflein selbstthätiger Verführer und  
Abtrünniger zu bemessen. Wie gemeldet wird, fand  
keiner der Anhänger des Dr. Haas den Mut, in der  
Versammlung als Redner aufzutreten.

Die Wünsche der preussischen Beamten. Der  
Haushaltsausschuß der Preussischen Landesversammlung  
legte am Donnerstag seine Beratung über die Beihilfen

für Staatsbeamte usw. fort. Beschlossen wurde, die  
Regierung zu ersuchen, den Beamten eine einmalige  
Beschaffungsbefreiung in Höhe von 600 Mark für Ledige,  
1000 Mark für kinderlos Verheiratete und für jedes  
Kind 200 Mark zu gewähren. Gleichzeitig wurde die  
Regierung ersucht, mit der Vorlage eine solche für die  
Staatsarbeiter zu verbinden, die den augenblicklichen  
Teuerungsverhältnissen Rechnung tragen muß. Des  
weiteren beschäftigte sich der Ausschuß mit der Rechts-  
lage der Beamten. Beschlossen wurde, die Regierung  
zu ersuchen, in die Verfassungsurkunde Bestimmungen  
aufzunehmen, durch welche die Rechte der Beamten  
auf Gehalt, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung  
gewährleistet werden. Mit möglicher Beschleunigung  
soll der Landesversammlung der Entwurf eines Be-  
amtengesetzes vorgelegt werden, das die Beamten gegen  
die Entziehung von Amt und Einkommen schützt und die  
Anstellung der Staatsbeamten auf Lebenszeit sowie  
ihren Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenen-  
versorgung sichert. Bei jeder Behörde und Dienststelle,  
die wenigstens 10 Beamte umfaßt, soll ein Beamten-  
ausschuß und für jede Provinzialbehörde eine Be-  
amtenkammer vorgesehen werden. Dem Beamten soll  
der Eintritt in eine öffentliche Körperschaft gestattet  
werden, ohne daß er eines Urlaubs bedarf, und Stell-  
vertretungskosten zu tragen hat. Ferner soll das Ge-  
setz den Beamten das freie Koalitions- und Versamm-  
lungsrecht, Pressefreiheit und Freiheit der politischen  
Betätigung gewährleisten. Weiter fordert der An-  
trag eine zeitgemäße Verringerung der bestehenden Ge-  
setze betr. die Disziplinarvergehen der Beamten. Im  
übrigen sollen die Kriegsbeschädigten, die früher bei  
Staat und Gemeinden und anderen Selbstverwaltungs-  
organen angestellt waren, wieder eingestellt werden  
so weit die Verhältnisse es zulassen. Zum Schluß  
wird die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Be-  
amten der Selbstverwaltungskörperschaften und der  
Lehrer nach den vorstehenden Grundsätzen gefordert.

### Tarifvertrag der Landarbeiter.

Der Deutsche Landarbeitersverband, Gau Westfalen, in  
Bielefeld, hat beantragt, den zwischen ihm, dem Zentral-  
verband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter Deutsch-  
lands und dem Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeit-  
geberverband in den Kreisen Bielefeld Land und Stadt ab-  
geschlossenen, am 1. Juni 1919 in Kraft getretenen Tarif-  
vertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen  
für die landwirtschaftlichen Arbeiter gemäß § 2 der Ver-  
ordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt  
Seite 1456) für das Gebiet des Stadt- und Landkreises  
Bielefeld für allgemein verbindlich zu erklären.

## Rundschau im Auslande.

Die Entente hat die Donau für den Handelsver-  
kehr wieder freigegeben.

Eine Konferenz der Staatsmänner der baltischen  
Staaten hat sich für einen politischen, militärischen und  
wirtschaftlichen Zusammenschluß der baltischen Staaten ent-  
schieden.

Die serbische Delegation in Paris hat die Mit-  
teilung von der Demission des serbischen Kabinetts erhalten.  
Böhmen: Abberufung der tschechischen Delegation.

Durch die Zuweisung des Teschener Kohlenreviers  
an die Polen ist es zu einem offenen Konflikt zwi-  
schen der Entente und der tschecho-slowakischen Regierung  
gekommen. Auf die Mitteilung des tschechischen Ministers  
des Auswärtigen, Banasch, in Paris, daß die Teschener Frage  
zuungunsten der Tschechen entschieden sei, hat die tschechische  
Delegation die Weisung erhalten, den Vertrag, der Teschen  
an die Polen ausliefert, nicht zu unterschreiben, sondern  
sich sofort heim zu begeben. Aus dem Teschener Gebiet  
laufen Alarmnachrichten ein, wonach die tschechischen Berg-  
arbeiter auf eigene Faust Widerstand leisten wollen. Man  
spricht davon, daß sie die Karwiner Gruben mit Grafit  
sprengen wollen. — Wie aus besser Quelle verlautet, wird  
den Polen die Pflicht auferlegt werden, unter der Kon-  
trolle der Entente der Tschecho-Slowakei so viel Kohle  
aus dem Karwiner und obersteirischen Gebiet zu ver-  
kaufen, daß die ganze tschecho-slowakische Industrie, sowohl  
die bestehende als zu errichtende, beliefert wird.

Ungarn: 100 000 Personen von den Rumänen  
verschleppt.

Der Londoner „Daily Herald“ erzählt aus Paris,  
daß laut dort eingetroffenen Nachrichten über 100 000  
Personen, hauptsächlich Juden, von den Rumänen aus  
den Gebieten, über deren Staatszugehörigkeit mit Ungarn  
eine Einigkeit nicht zu erzielen war, vertrieben wurden.  
Die Rumänen sind der Ansicht, daß diese Juden im Falle  
einer Volksabstimmung jede andere Regierung inner rumä-  
nischen Herrschaft vorziehen würden.

Rußland: Trochende Friedensangebote der Bolschewiki.

Das Stockholmer Bureau „Nosta“ erhält aus Peters-  
burg die Nachricht, daß der Sowjet der Stadt in einer  
Entscheidung das Friedensangebot des Volkskommissariats  
an die estnische Regierung gutheißt und die Ueberzeugung  
auspricht, das Volkskommissariat werde die Einleitung  
von Friedensverhandlungen auch mit der jetzigen finn-  
ischen Regierung nicht verweigern. Die Entscheidung endet  
jedoch mit einer drohenden Wendung; sie erklärt, daß  
der Sowjet zur Verteidigung des roten Petersburgs ent-  
schlossen sei und jeden Angriff durch einen Gegenangriff auf  
Reval und Helsingfors beantworten werde. Ein solcher  
Gegenangriff würde die völlige Ausrottung aller finnischen  
und estnischen Bürger zum Ziele haben. — Estlands diplo-  
matischer Vertreter in Finnland, Sando, gewährte einem  
Mitarbeiter des Blattes „Unsi Suomi“ eine Unterredung,  
worin er sagte, daß zwar eine endgültige Entscheidung  
über das bolschewistische Friedensangebot noch nicht ge-  
fallen sei, jedoch Estlands Kriegsmüdigkeit ihren Höhepunkt  
erreicht habe.

Kanada: Heftiger Widerstand gegen den Völkerverbund.

Auch in Kanada macht sich ein heftiger Widerstand  
gegen den von der Entente vorgesehenen Völkerverbund  
bemerkbar. Nach einem Bericht der Londoner „Times“  
aus Ottawa wird die Opposition im kanadischen Parlament  
sich höchstwahrscheinlich weigern, den Völkerverbund in seiner  
jetzigen Gestalt anzunehmen. Im Verlauf der Debatte wiesen  
die Oppositionsredner darauf hin, daß die Macht des kana-  
dischen Parlaments nicht angetastet werden dürfe, daß aber,  
wie der Vertrag jetzt laute, Kanada auch ohne seinen  
Willen in einen Krieg verwickelt werden könnte. Außer-  
dem frage man sich, was denn Kanada tun würde, wenn  
bei einer Meinungsverschiedenheit zwischen Großbritannien  
und Amerika der Völkerverbund sich gegen England ent-  
scheiden würde.

